

Wolfgang Gedeon

**Der grüne
Kommunismus**

**und die
Diktatur der Minderheiten**

Eine Kritik des westlichen Zeitgeists

R. G. Fischer

Wolfgang Gedeon
**Der grüne Kommunismus
und die
Diktatur der Minderheiten**

Wolfgang Gedeon

Der grüne Kommunismus
und die
Diktatur der Minderheiten

Eine Kritik des westlichen Zeitgeists

R. G. Fischer

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 by Author, Vertrieb durch R.G. Fischer Verlag

Orber Str. 30, D-60386 Frankfurt/Main

Alle Rechte vorbehalten

Schriftart: Times

Herstellung: RGF/NL

Printed in Germany

ISBN 978-3-8301-9854-3 PDF

*Dieses Buch widme ich
meinem 1997 verstorbenen Bruder
Axel Gedeon*

Inhaltsverzeichnis

Einführung in die Thematik des Buches	13
1.0 Die doppelte Moral des Westens und seiner Medien	19
1.1 Die Fälle <i>Chodorkowski</i> und <i>Assange</i>	19
1.2 Die Fälle <i>Anna Politkowskaja</i> und <i>Kirsten Heisig</i>	26
1.3 Die Fälle <i>Liu Xiaobo</i> und <i>Horst Mahler</i>	33
Ist eine <i>strafrechtliche</i> Verfolgung von »Holocaust- Leugnung« legitim?	38
1.4 Die Fälle <i>Mixa</i> und <i>Willier</i>	41
1.5 Die Medien als Agitprop-Truppe des linksgrünen Zeitgeists	47
2.0 Spezifisch grüne Elemente des westlichen Zeitgeists ..	51
2.1 Feminismus	51
Ethnosuizid	56
Frauenquoten und Quotenfrauen	59
Moderner Hexenterror	60
Fundamentale Unterschiede zwischen den Geschlechtern	63
Geistige Ursachen des Feminismus	66
Maximen einer modernen Frauenpolitik	68
2.2 Allgemeiner Sex- und spezieller Schwulenkult (Über Sexualismus und Homosexualismus)	71
Zur Geschichte der »sexuellen Revolution«	72
Ziele und Auswirkungen des Sexualismus	73
Pädophilie und Missbrauch	76
Hyperindividualismus, asoziale Sexualität, sexuelle Autonomie	81
Die sexualistische Profanisierung der Gesellschaft	84
Der Sexualismus: eine antitranszendente säkulare Gegenreligion	87
Resümee	90

2.3	Multi-Kulti-Ideologie, Zuwanderungslobbyismus und Fremdenkult (Über Migrationismus, Migrantismus und Xenomanie)	91
	Strategisches Vorgehen der Migrationisten	95
	Langsamer, aber systematischer Umbau des Staates	99
	Lobbyismus für Zuwanderer (Migrantismus)	101
	Die Sarrazin-Diskussion	104
	Politischer Islamismus und die »Türkisierung« Europas ..	107
	Islamismus versus Migrationismus	111
	Die Frage der Deutungshoheit	113
	Wirtschaftliche Motive und scheinhumanitär-antideutsche Ressentiments	117
2.4	Die Öko-Schokoladenseite der Grünen	119
	Umweltpolitik oder Klimapanik?	125
3.0	Die Frage der Religion	130
3.1	Die Entwicklung von Religion und das trinitarische Gottesbild	130
	Die christliche Revolution	135
	Die Dreifaltigkeit Gottes	139
	Sind die Juden die älteren Brüder der Christen?	144
3.2	Die indische Religion und ihre Auswirkungen	150
	Der Buddhismus	152
	China, Japan, Tibet	156
	Die sog. Gnostik	161
3.3	Die Entwicklung des nachchristlichen Judentums	167
	Der Islam	171
3.4	Der Humanismus	174
	Religionssoziologische und -politische Aspekte und Fragen	179
	Beurteilungskriterien für Religion	187
	Die Dialektik von Sein und Werden	194
3.5	Staat und Religion: Über Laizismus und Ökumenismus	198
	Die Ideologie der abrahamitischen Ökumene	204
	Propaganda für Al Andalus	207

4.0 Die Basisideologien des westlichen Zeitgeists	218
4.1 Wissenschaftsgläubigkeit als Religionsersatz	218
Materialismus und Naturalismus	218
Positivismus und Reduktionismus	222
Relativismus versus Fundamentalismus	227
Fortschrittsgläubigkeit resp. Progressivismus	231
4.2 Vom Aufklärungshumanismus zum heutigen »Humanitarismus«	235
4.3 Gleichheit und Egalitarismus	240
Sozialer und ökonomischer Egalitarismus	242
Ethno-kultureller Egalitarismus und Antidiskriminierungswahn	248
Biologischer resp. antibiologischer Egalitarismus	250
4.4. Freiheit und Autonomismus	252
Selbstverwirklichung (sexueller Autonomismus)	253
Feministischer Autonomismus in der Abtreibungsfrage	254
Antiautoritarismus	255
4.5 Brüderlichkeit und Humanitarismus	258
4.6 Antinazismus	263
Die Ideologisierung des Antinazismus	266
Was ist Antisemitismus?	269
Zionismus durch die Hintertür	272
Was hat es mit den »Protokollen der Weisen von Zion« auf sich?	275
Kultur als politisch-ideologische Propagandabühne	279
 5.0 Der rote und der grüne Kommunismus	 283
5.1 Der Kommunismus und seine Geschichte	283
5.2 Angloamerikanisches Denken	292
5.3 Das »Abendland« und die USA	296
5.4 Die Quintessenz der rotkommunistischen Ideologie	302
5.5 Der grüne Kommunismus und die »moderne Linke«	305
5.6 Zur Taktik des grünen Kommunismus	313
Antidiskriminatismus und Diktatur der Minderheiten	313

Subversiver Putschismus und Camouflage der eigentlichen Ziele	319
Rechtsbruch und Auflösung von Demokratie	320
5.7 Die Quintessenz der grükkommunistischen Ideologie	322
5.8 Der Kommunismus in China	324
6.0 Politische Zusammenfassung	331
6.1 Geopolitische Aspekte	331
6.2 Die Brüsseler EU und das Euro-Problem	342
Weitere wirtschaftspolitische Gesichtspunkte	348
6.3 Zuwanderungspolitik	351
6.4 Rechtspolitik und totalitäre Entwicklung	357
6.5 Laizismus und Zivilreligion	366
6.6 Über Parteien und unsere politische Klasse	373
Über Politmanichäismus und den »Kampf gegen Rechts«	375
Brauchen wir eine neue Partei in Deutschland?	380
6.7 Deutschland am Scheideweg	386
Zur Frage der Souveränität Deutschlands	391
6.8 Die inneren Widersprüche des westlichen Systems	398
Schluss: Sentenzen zum politischen Nachdenken	407
Über den Autor	409
Glossar	416

Im **Glossar** finden sich Erläuterungen zu verschiedenen Begriffen sowie Ergänzungen und Übersetzungen. Im Text wird jeweils mit einem Sternzeichen (*) darauf verwiesen.

Was die **Rechtschreibung** anlangt, richte ich mich weitgehend nach den neuen Regeln. Bezüglich der Ausnahmen siehe im Glossar unter *Rechtschreibreform* *!

In **eckigen Klammern** [] finden sich Quellenangaben und ergänzende Hinweise, die für das Textverständnis nicht erforderlich sind und gegebenenfalls überlesen werden können.

Einführung in die Thematik des Buches

1. Wenn es um die Grünen geht, denken die meisten erst einmal an Aktionen gegen AKWs und die »Klimakatastrophe«. In der grünen Ideologie geht es in erster Linie aber nicht um Öko-Probleme, sondern um Minderheiten-Lobbyismus.

2. Grüne Politik neigt zum Totalitarismus. Wer sie nicht mitmacht, wird diskriminiert. Die Vorwürfe reichen von »Klima- und Euroskeptiker« über »Homo- und Islamophobie« bis zu »Antisemit« und »Rassist«. So macht es Sinn, diese Form linksextremistischer Ideologie und linkstotalitärer Politik adäquat als »grünen *Kommunismus*« zu deklarieren.

3. Der rote Kommunismus kämpfte für die Rechte des Proletariats und rechtfertigte damit sein totalitäres Regime, die »Diktatur des Proletariats«. Der grüne Kommunismus kämpft für die Rechte von Minderheiten. Das totalitäre System, auf das er hinarbeitet, könnte entsprechend als »Diktatur der Minderheiten« bezeichnet werden.

4. »Diktatur der Minderheiten« bedeutet, dass eine rücksichtslose Umsetzung von Minderheiten-Rechten zunehmend die Rechte der Mehrheit verletzt und so durch exzessive Wahrnehmung von Partikularinteressen die Einheit von Staat und Gesellschaft zerstört wird.

5. Protagonisten der grünen Ideologie in Europa sind die Grünen-Parteien. Sie haben es in den letzten 20 Jahren geschafft, die meisten anderen parlamentarischen Parteien des Westens mit ihrer Ideologie zu infizieren: von der Frauenquote bis zum »Kampf gegen Rechts«. Selbst die C-Parteien in Deutschland kann man heute als zu 70 % »vergrünt« bezeichnen.

6. Der westliche Zeitgeist ist vielschichtig und komplex. Dennoch kann man eine Hauptströmung ausmachen, die ideologisch und politisch grünekommunistisch ist. Besonders drückt sich diese in den führenden Medien des Westens aus, die die Totalitarisierung des Zeitgeists im grünen Sinn gezielt vorantreiben.

7. Am totalitärsten wird grüne Politik in und durch die Brüsseler EU umgesetzt. Der grüne Kommunismus ist vor allem ein »Eurokommunismus«. In diesem Sinn kann man sagen: Das Zentralkomitee ist 1989 von Moskau nach Brüssel umgezogen.

8. Meine Analyse ist radikal – »radix« bedeutet im Lateinischen »Wurzel« –, denn sie bleibt nicht bei politischen Formeln stehen, sondern setzt an den philosophischen und auch religiösen Wurzeln der Probleme an.

9. Politisch ist meine Position eine der Mitte. Extremisten beider Seiten werden das anders sehen. Für einen Linken ist der Linksextremismus ohnehin etwas Harmloses, während der Rechtsextremismus für ihn die Gefahr schlechthin darstellt. Je weiter einer links steht, desto weniger gibt es für ihn überhaupt so etwas wie Linksextremismus. Der

Rechtsextremismus dagegen fängt für ihn schon in der Mitte an.

10. Ein Rechter sieht alles genau umgekehrt. Nur wer in der Mitte steht, kann erkennen, dass jeder Extremismus in kleinen Dosen inspirierend wirkt, deshalb notwendig für eine Gesellschaft ist und nicht verboten werden sollte – vorausgesetzt, er agiert nicht gewalttätig; dass aber auch jeder Extremismus in gleicher Weise eine Gesellschaft zerstört, wenn er sich in größerem Maß manifestiert.

11. Wenn wir in unsere Medien und Parlamente schauen, sehen wir NPD und PDS-Linke etwa im Verhältnis 1 : 10 repräsentiert. Die Parole, die NPD stelle die politische Hauptgefahr dar, ist ein Ablenkungsmanöver der Linksextremisten von sich selbst.

12. Die politische Hauptgefahr kommt heute nicht von Rechts, sondern von Links – und hier nicht nur vom roten Kommunismus, sondern, noch mehr, vom grünen. Dessen Gefährlichkeit haben viele Menschen noch nicht durchschaut.

13. Ich polarisiere scharf. Wer davor zurückschreckt und vorschnell Kompromisse sucht, muss auf strategische Lösungen verzichten und sich mit Eintagsfliegen-Politik begnügen.

14. Das Buch ist nicht leicht zu lesen. Zunächst erfordert es gewisse intellektuelle Anstrengungen; dann die Fähigkeit, umzudenken bzw. dies zu lernen; schließlich die nötige

Kraft, um gegen den starken Strom des Zeitgeists anzuschwimmen.

Aufbau und roter Faden des Buches

Im **ersten** Kapitel untersuche ich die politische Moral des Westens, wie sie uns in der Berichterstattung seiner Medien begegnet. Diese ist nicht, wie man vorgibt, objektiv und universalistisch, sondern subjektiv und parteiisch – abhängig von geopolitischen Interessen und ideologischen Vor-Urteilen.

Im **zweiten** Kapitel beschäftige ich mich mit diesen ideologischen Vor-Urteilen. Ich benenne sie als *Feminismus*, den jeder kennt; als *Sexualismus*, was man mit »allgemeiner Sexkult« übersetzen könnte, und *Migrationismus*, der mit Zuwanderung und »Multikulti« zu tun hat. Diese Ideologien sind die spezifisch grünen Elemente des westlichen Zeitgeists.

Im **vierten** Kapitel vertiefe ich diese Analyse und stoße dabei auf die philosophischen Fundamente, auf denen der gesamte westliche Zeitgeist inklusive seiner grünen Ideologien basiert. Dabei handelt es sich um Wissenschaftsgläubigkeit (Naturalismus, Positivismus), um Humanismus und um die Ideologie des Antinazismus. Ich stelle hier vor allem dar, wie sich der ursprünglich christliche Humanismus in der Aufklärung von seinem religiösen Mutterboden löst und zum heutigen laizistischen Humanitarismus herunterentwickelt.

Zuvor befasse ich mich im **dritten** Kapitel ausführlich mit Religion, besonders der christlichen. Sie dient mir sozusagen als Plattform für die Kritik an den verschiedenen Ideologien und Philosophien des Zeitgeists. Sicherlich kann die christliche Religion, wie jede andere, in letzter Konsequenz nur mit dem Glauben, also *metarational* erfasst werden. Wir Menschen des 21. Jahrhunderts haben aber zu Recht das Bedürfnis, unsere intellektuellen Möglichkeiten maximal auszureizen und auch Religion *rational* so weit wie möglich zu verstehen.

Meine Interpretation des Christentums ist sehr modern, nämlich *evolutionär-humanistisch*. In dieser Sicht erscheint christliche Religion nicht nur als Synthese, in der die positiven Elemente aller großen Religionen in vollkommener Einheit aufgegangen sind, sondern auch als im rational philosophischen Sinn plausibelste und höchste Form von Religion überhaupt.

In der Politik der Zukunft, nicht zuletzt im Hinblick auf den Islam, wird Religion eine große Rolle spielen. Im Gegensatz zu ökumenistischen Appeasement*-Strategen betone ich aber nicht die Gemeinsamkeit, sondern die spezifischen Unterschiede der verschiedenen Religionen und grenze diese sehr präzise und entschieden vom Christentum ab.

Befragt man heute Christen über den Unterschied ihrer Religion zum Islam, hört man vielleicht etwas über Kopftuch und Burka, aber von den fundamentalen Differenzen im Gottes- und Menschenbild, die die Verschiedenheit der jeweiligen Kulturen hervorbrachten, haben sie keine Ahnung. Je klarer wir, so mein Credo, die jeweiligen Positionen formulieren und je schärfer wir so die *geistige*

Auseinandersetzung führen, desto weniger Gewalt wird es auf der *materiell*-politischen Ebene geben!

Für Europa spielt auch eine entscheidende Rolle, dass seine tragenden Fundamente mehr noch als in Athen und Rom im Christentum verankert sind. Deswegen räume ich der Frage der Religion in der vorliegenden Abhandlung einen breiten Raum ein.

Im **fünften** Kapitel zeige ich auf, wie sich der grüne Zeitgeist kommunistisch, d.h. in Richtung einer inquisitorischen Zivilreligion und einer totalitären Politpraxis entwickelt. Dabei vergleiche ich politische Theorie und Praxis des grünen und roten Kommunismus miteinander und mache Unterschiede wie auch Gemeinsamkeiten fest.

Im **sechsten** Kapitel schließlich fasse ich politisch zusammen. Hier geht es um das Auseinanderbrechen des Westens, um neue geopolitische Bündiskonstellationen und die anwachsende Dissoziation zwischen politischer Führung und Bevölkerung in den westlichen Staaten. Wie können wir ein grünekommunistisches Europa noch verhindern? Welche Alternativen gibt es? Welche Mittel benötigen wir dazu? usw.

1. Kapitel

Die doppelte Moral des Westens und seiner Medien

1.1 Die Fälle *Chodorkowski* und *Assange*

Betrachten wir zunächst einmal die Fälle von M. Chodorkowski und J. Assange und vergleichen sie miteinander! Es geht um politische Opposition und strafrechtliche Verfolgungsmaßnahmen. In unseren Medien werden beide Fälle sehr unterschiedlich dargestellt. Im Fall Chodorkowski wird wesentlich umfangreicher über die Maßnahmen von Polizei und Gerichten berichtet, in den ARD-Tagesthemen zum Beispiel mitunter die Hälfte der Sendezeit. Vor allem aber wird die Anklage, die im Wesentlichen auf Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung ausgerichtet ist, als vorgeschoben und politisch motiviert hingestellt und das gesamte Verfahren als Ausdruck ungerechtfertigter Unterdrückung der politischen Opposition durch Putin und die russische Regierung präsentiert.

Dass im Fall Assange die Anklage in viel stärkerem Maße an den Haaren herbeigezogen ist, um einen politischen Gegner auszuschalten, wird dagegen wesentlich zurückhaltender bis gar nicht kommentiert. Schon gar nicht lässt man die Idee aufkommen, solcherart Verhalten könnte typisch für Obama und das politische System des Westens sein.

Wer ist nun M. Chodorkowski? Gehen wir zurück in die 1990er Jahre! Jelzin war Präsident. Er hat Gorbatschow abgelöst und jede Menge amerikanischer »Berater« in seine Regierung geholt. Diese stellten ihm am Morgen eine Flasche Wodka auf den Tisch und ließen ihn am Abend, wenn er mehr oder weniger besoffen war, allerlei Dokumente unterschreiben, die die russische Wirtschaft von Grund auf veränderten. Gingen deren Kernstücke doch in wenigen Jahren samt und sonders in die Hände weniger Leute über, wobei zusätzlich auffiel, dass die meisten dieser sog. Oligarchen* eine zweite Staatsbürgerschaft hatten, nämlich die israelische.

Als nun im nächsten Schritt diese Oligarchen darangehen wollten, ihre Beute zu globalisieren, das heißt, dem Zugriff der internationalen Finanzoligarchie zugänglich zu machen, trat unerwarteter Widerstand auf. Ein auf den ersten Blick unscheinbarer Ex-Geheimdienstler, der inzwischen den Alkoholiker Jelzin aus dem Amt manövriert hatte, stellte sich nicht nur sehr vehement, sondern auch sehr geschickt und sehr erfolgreich dieser von den Oligarchen betriebenen ökonomischen Globalisierungspolitik entgegen. Kein Wunder also, dass von da an die westlichen Globalisten und ihre Medien kein gutes Haar mehr an dem neuen russischen Präsidenten Putin ließen. Der Prozess gegen den politisch-oppositionellen Chodorkowski, der sogar eine eigene Radiostation mit gezielter Daueragitation gegen Putin betrieben hatte, schien Ihnen für eine entsprechende Diffamierungskampagne besonders geeignet.

Der von den westlichen Medien als Märtyrer gefeierte Chodorkowski muss freilich bei näherem Hinsehen durchaus als handfester Betrüger und Wirtschaftskrimineller

gesehen werden. Schon in seiner Zeit als Funktionär im Komsomol, dem kommunistischen Jugendverband der KPdSU, bereicherte sich Chodorkowski durch ominöse Devisenspekulationen und gründete mit diesen Geldern nach 1990 eine eigene Bank, die Menatep-Bank. Diese wurde in einem CIA-Bericht von 1995 als »eine der korruptesten der Welt mit engen Verbindungen zur organisierten Kriminalität« bezeichnet. US-Banken waren damals geschäftliche Kontakte mit dieser Bank untersagt. In der Rubelkrise von 1997/98 gelingt es Chodorkowski, durch verdeckte Transaktionen die Mehrheit der Yukos-Ölkonzern-Aktien in seinen Besitz zu bringen. Danach versucht er sich ein neues Image als seriöser Unternehmer zuzulegen, gründet Wohltätigkeitsfonds und setzt sich besonders für die politische Aufhebung von Investitionsbeschränkungen gegenüber westlichen Investoren ein. 2003 versucht er selbst, 40 % seines Yukos-Oil-Konzerns inklusive einer Mehrheitsoption an Exxon zu übertragen. Das hätte bedeutet, dass ein amerikanischer Konzern den Großteil des russischen Erdöls kontrolliert hätte!

Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Putin mit den Oligarchen das stillschweigende Abkommen getroffen, deren diverse kriminelle Machenschaften aus der Jelzin-Ära juristisch auf sich beruhen zu lassen, wenn sie sich fürderhin dem russischen Staat gegenüber loyal verhielten. Angesichts des jetzigen Verhaltens der Oligarchen, insbesondere Chodorkowskis, fühlt sich Putin nicht mehr an diese Vereinbarung gebunden und lässt die russische Justiz eingreifen. Chodorkowski werden nun von dieser Unterschlagungen und Steuerhinterziehungen in mehrstelliger Milliardenhöhe vorgeworfen. Dies ist mitnichten inplausibel und

absurd, wie es die westlichen Medien darstellen, sondern nachvollziehbar, ja zwingend, wenn man sich ideologiefrei mit dem Thema beschäftigt. [siehe hierzu z. B. *Netstudien* / A. Bornefeld 2005]

Julian Assange

Was liegt dagegen der Anklage gegen J. Assange zugrunde? Wie bekannt, hat er mit seiner Internetplattform *WikiLeaks* die amerikanische Regierung und ihre Diplomatie in arge Bedrängnis und Erklärungsnöte gebracht. So wurde z. B. der schon lange bestehende Verdacht bestätigt, dass US-Geheimdienste *auf Geheiß ihrer Regierung* UN-Delegierte bis hin zum UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon im New Yorker UNO-Gebäude systematisch abhören – eine unglaubliche Verletzung des Diplomatenstatus der UNO. Noch mehr erregte die Öffentlichkeit der von WikiLeaks weltweit verbreitete Videofilm über eine brutale und gezielte Ermordung afghanischer Zivilisten durch US-Militärs. Der Amerikaner Bradley Manning, der die Videoaufnahmen des Massakers unter dem Titel »Collateral Murder« an Assange weitergegeben hatte, wurde daraufhin wegen des Vorwurfs der »Spionage« verhaftet. Inzwischen wurde in den USA gegen ihn Anklage erhoben, wobei ihm im schlimmsten Fall die Todesstrafe droht.

Man stelle sich vor, Manning wäre Russe, hätte Kriegsverbrechen der russischen Armee an die Öffentlichkeit gebracht und es würde ihm nun von einem russischen Gericht die Todesstrafe drohen! Das Geschrei in unseren Medien, von der *Tagesschau* bis zum *Spiegel*, wäre grenzenlos – Tenor: ein erneuter Beweis für die »antidemokratische und

antihumanitäre Politik« Putins. Aber Gott sei Dank geht es nicht um den bösen Putin, sondern um den guten Obama, und so hören wir weder in der *Tagesschau* noch im *Spiegel* irgendetwas über den Fall des zivilcouragierten Helden Bradley Manning.

J. Assange soll nun wegen »Beihilfe zur Spionage« verklagt werden. Es heißt, die US-Regierung habe dem bei Besuchen in Ketten vorgeführten Manning Hafterleichterung angeboten, wenn er aussagen würde, Assange hätte ihn zur Spionage angestiftet. Assange beteuert aber, Manning vor der Filmübergabe überhaupt nicht gekannt zu haben. Nachdem es der US-Justiz nicht gelang, eine substantiierte Anklageschrift vorzulegen, kamen Beschuldigungen aus Schweden den Amerikanern sehr gelegen. Was aber wirft man dem J. Assange in Schweden vor? Zunächst hieß es, er habe zwei Frauen »vergewaltigt und sexuell belästigt«. Schon die Kombination ist eigenartig. Eine »sexuelle Belästigung« spielt im Zusammenhang einer Vergewaltigung wohl keine Rolle mehr. Dann hieß es, Assange habe zwei Frauen zu »ungeschütztem Geschlechtsverkehr« gezwungen. Die beiden wären mit »geschütztem« Geschlechtsverkehr einverstanden gewesen. Wenn das überhaupt irgendwo strafbar ist, so läuft es in keinem Land der Welt unter dem Titel »Vergewaltigung«. Das galt auch bis 2005 für Schweden. In diesem Jahr wurde auf Betreiben einer aggressiven feministischen Lobby das Sexualstrafrecht wesentlich verschärft. Jetzt steht das Land statistisch in puncto Vergewaltigungsdelikte mit großem Abstand an der Spitze aller europäischen Staaten. Nach dem neuen Strafrecht gilt auch zunächst einvernehmlicher Sex als Vergewaltigung, wenn die Frau mitten in der Aktion diesen

abbrechen will. Selbst Frauen, die in alkoholisiertem Zustand Geschlechtsverkehr hatten, können, wenn sie im Nachhinein das Gefühl haben, nicht freiwillig agiert zu haben, den betreffenden Mann wegen »Vergewaltigung« verklagen. Hier werden der Verleumdungswillkür Tür und Tor geöffnet, denn eine einigermaßen objektive juristische Beurteilung ist in solchen Fällen gar nicht möglich. Die Gefahr, dass Männer zu Unrecht in Existenz vernichtender Weise an den Pranger gestellt werden, ohne sich wirksam wehren zu können, wird deshalb in fast allen Staaten dieser Welt größer eingeschätzt als eine mögliche Schädigung solcherart beteiligter Frauen. Nur die offensichtlich feministisch deformierte schwedische Gesellschaft glaubt hier neue Maßstäbe setzen zu müssen, wobei sie freilich mehr (männliche) Menschenrechte liquidiert als (weibliche) Menschenrechte schützt.

Auch im Fall Assange sind nicht die beiden Frauen, sondern ist Assange das wirkliche Opfer. Er steht am Massenpranger übelster Art. Aussage steht gegen Aussage. Möglicherweise haben ihn die beiden Damen gezielt und in fremdem Auftrag in diese Situation gebracht. Der Gipfel aber ist, dass solche Prozesse in Schweden auch noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Für mich ist das moderner feministischer Hexenterror, und das ausgerechnet in dem Land, das sich in den 1960er und 70er Jahren durch besonders exzessive und auch obszöne sexuelle Libertinage hervorgetan hat!

In den westlichen Medien hören wir nicht einen Hauch von Kritik an diesem entarteten Feminismus. Auch findet man es da ganz normal, dass über den sog. »Europäischen Haft-

befehl« Assange von England an Schweden ausgeliefert werden soll. Dieser Haftbefehl sorgt dafür, dass England, auch wenn im Sinne englischer Rechtsprechung kein Strafrechtsverstoß vorliegt, dennoch an Schweden ausliefern muss. Das heißt, der Maßstab des jeweils repressivsten Landes wird dadurch zum juristischen Standard für ganz Europa. Dieser Europäische Haftbefehl ist also ein politisches Instrument zur Gleichschaltung der Rechtsprechung in Europa auf repressivstem Niveau.

Darüber hinaus ist es möglich, dass Assange von Schweden an die USA ausgeliefert wird. Es würde dokumentieren, wie eng die politischen Systeme des Westens global vernetzt sind und wie gut deren Zusammenarbeit funktioniert, wenn es um die Ausschaltung politischer Gegner geht.

Sowohl im Fall Chodorkowski als auch im Fall Assange haben wir es mit staatlicher Gewalt gegen politische Oppositionelle zu tun; in letzterem darüber hinaus mit exzessivem Feminismus, mit juristischer Repression im Rahmen des europäischen Zentralismus und mit einer globalistischen Intervention Obamas und seiner US-Administration. Im Fall Chodorkowski spielen noch die Themen *Zionismus* und *Wirtschaftskriminalität* eine Rolle. Die westlichen Medien lassen all dies weitgehend unbeachtet und messen, was den möglichen politischen Gehalt der juristischen Verfolgung anlangt, ganz auffällig mit zweierlei Maß. Obwohl Chodorkowski ein gigantischer Wirtschaftsverbrecher und darüber hinaus in Machenschaften der organisierten Kriminalität verwickelt ist – der Chef seiner Sicherheitstruppe beispielsweise wurde wegen Beteiligung an der Ermordung eines russischen Bürgermeisters zu 20 Jahren Haft verurteilt –, wird hier der *politische* Charakter seines

Prozesses aufgebauscht und dramatisiert, der substanzielle Gehalt der Anklage bagatellisiert und verschwiegen. Die Botschaft lautet: Putin verfolgt Chodorkowski, weil sich dieser für Freiheit und westliche Werte einsetzt: der eine also ein antidemokratischer Despot, der andere ein politischer Märtyrer!

Im Fall Assange dagegen wird der politische Gehalt der Anklage kaum bis gar nicht thematisiert und schon gar nicht Obama in irgendeiner Weise mit politischer Willkür in Verbindung gebracht. Hinter den Kulissen trägt die Internationale Vereinigung der Journalisten eine müde Protestnote vor, die sich in der allgemeinen Berichterstattung nicht nennenswert niederschlägt. Hier beschränkt man sich allenfalls zwischen den Zeilen auf die Mahnung: Wer sich mit den USA anlegt, dürfe sich über solche Reaktionen nicht wundern!

1.2 Die Fälle *Anna Politkowskaja* und *Kirsten Heisig*

Ging es bei Chodorkowski und Assange noch um Polizei und Gefängnis, so geht es in den Fällen Politkowskaja und Heisig um das Thema *politischer Mord*.

Anna Politkowskaja, eine amerikanisch-russische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin, ist 1958 in New York geboren und wurde 2006 in Moskau ermordet. Die Zeitung *The Independent* aus London schreibt dazu: »Wer immer die Hintermänner des Mordes an Anna Politkowskaja sind, Wladimir Putin kann sich nicht der Verantwortung für ein politisches Klima entziehen, in dem Gesetze so skrupellos

gebrochen werden«, und *Die Welt* aus Hamburg agitiert noch grundsätzlicher: »Der Mord an Anna Politkowskaja ist der letzte Beweis dafür, dass Präsident Putin nicht mehr als eine ganz gewöhnliche Diktatur etabliert hat, mit all der dazugehörigen üblichen Missachtung der Gesetze.«

Zur »Aufklärung« des Falls wird im Westen sogar ein »Internationales Komitee« gegründet, das unter anderem unterstützt wird von *Carla del Ponte* (Anklägerin am Europäischen Strafgerichtshofs in Den Haag, die sich solcher politischer Aktionen eigentlich von Amts wegen enthalten sollte), *Bernard Kouchner* (ehemaliger französischer Außenminister, der seinerzeit zum Krieg gegen den Iran aufgerufen hat), *Daniel Cohn-Bendit* (unter anderem bekannt durch ideologische Rechtfertigung pädophiler Praktiken in antiautoritären Kindergärten), *André Glucksmann* (französischer Philosoph), Ismael Kadaré (albanischer Schriftsteller), Jeanne Moreau (französische Schauspielerin) usw.

Man sieht: Diverse profilierte Gestalten des Westens engagieren sich für Anna Politkowskaja und ihren Fall. Mit dieser wohlbekannten Methode sog. Solidaritätskomitees glaubt man, die eigene argumentative Dürftigkeit kompensieren und Schlussfolgerungen aus diesem Mord rechtfertigen zu können, die, was die Kritik an Putin und dem russischen Staat betrifft, maßlos und in puncto Verallgemeinerung nicht mehr zu überbieten sind.

Dabei hat, im Gegensatz zum folgenden Vergleichsfall, die russische Justiz auch hier erhebliche Anstrengungen unternommen, den Fall polizeilich und gerichtlich zu untersuchen und zu klären. Mehrere ehemalige und auch aktive Offiziere des Innenministeriums und des Geheimdienstes

sowie einige Tschetschenen wurden angeklagt und verurteilt. In diesem Zusammenhang seien, so die russische Justiz, auch Verbindungen zu mehreren im Ausland lebenden Oppositionellen aufgedeckt worden. Für die westlichen Medien ist das jedoch alles nur ein Ablenkungsmanöver, ohne dass sie selbst eine plausible Erklärung für die Vorgänge um den Mord an Politikowskaja liefern könnten.

Kirsten Heisig

Kirsten Heisig, 1961 in Krefeld geboren, hatte zwei Töchter und lebte von ihrem Ehemann, einem Staatsanwalt, getrennt. Zuletzt war sie Richterin am Berliner Amtsgericht Tiergarten, zuständig für die Region Neukölln / Nord, in der 40 % mehr Straftaten als im Berliner Durchschnitt begangen werden. Sie gilt als Initiatorin des sog. *Neuköllner Modells*.

Safer Cinar vom türkischen Bund Berlin-Brandenburg wirft Frau Heisig vor, sie würde zu sehr die kulturelle Herkunft der Straftäter und nicht deren Bildungsferne und soziale Problematik thematisieren. »Wir hoffen, dass sie in der Rechtsprechung objektiver ist.«

Ähnlich kritisiert der ehemalige niedersächsische Justizminister Christian Pfeiffer, derzeit Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Heisig sei in der Kriminologie nicht hinreichend bewandert. Er wirft ihr vor, dass sie »die schleichende Brutalisierung« primär den Migranten zurechnet und in gravierenden Fällen kriminelle Kinder zeitweilig in geschlossenen Heimen unterbringen will. Pfeiffer plädiert dagegen für Milde und Zuwarten, nicht für schnelles Eingreifen, wie Frau Heisig. Der Titel

von Heisigs Buch *Das Ende der Geduld* sei deshalb, so Pfeiffer, genau die falsche Botschaft.

Diese vermeintlich »wissenschaftliche« Kritik des SPD-Mannes Pfeiffer ist aber nicht wissenschaftlicher als die Argumentation von Frau Heisig. Vielmehr verbrämt SPD-Pfeiffer seine gegensätzliche ideologische Position mit wissenschaftlichen Begriffen und Statistiken.

Die so im Kreuzfeuer der Zeitgeistkritik stehende Richterin, die nach Aussagen des abtrünnigen CDU-Abgeordneten Stadtkewitz beabsichtigte, sich in dessen neuer anti-islamistischen Partei *Die Freiheit* zu engagieren, kommt nun auf sehr ominöse Weise ums Leben: Am 28. Juni 2010 erscheint sie nicht zum Dienst. Zwei Tage später beginnt eine polizeiliche Suchaktion, doch schon jetzt – die Leiche war noch nicht gefunden – erklärt die Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue, es gebe keine Anzeichen für eine Entführung oder sonstige Straftaten!

Am 3. Juli wird Heisigs Leichnam im Tegeler Forst, angeblich an einem Baum hängend, gefunden, keine 100 m von einer bewohnten Siedlung entfernt. Die Fundstelle war etwa 40 m weit einsehbar. Wie konnte es sein, dass eine Hundertschaft der Polizei, ausgerüstet mit Leichenspürhunden und unterstützt von Hubschraubern mit Wärmebildkameras, drei Tage lang benötigte, um die Tote zu finden. Allein der wegen des heißen Wetters entsetzliche Leichengeruch hätte, wenn schon nicht den Anwohnern, den Hunden auffallen müssen.

Bereits zwei Stunden (!) nach dem Fund der Leiche gibt nun besagte Frau von der Aue bekannt, Kirsten Heisig habe »offensichtlich Suizid« begangen. Sie lässt dies umgehend in allen Medien verbreiten.

Im Internet erscheinen sehr bald zahlreiche Hinweise, die die Selbstmord-Version als fragwürdig erscheinen lassen. Die offiziellen Medien jedoch verschweigen die ominösen Umstände des Todes dieser Richterin und lassen an der Selbstmordversion nicht den geringsten Zweifel aufkommen. Als einzige schert die *Neue Zürcher Zeitung* aus und schreibt: Die bisher veröffentlichten Tatumstände seien »so fragwürdig, dass sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen« lasse.

Die Selbstmordversion basiert im Wesentlichen auf folgenden Argumenten: Frau Heisig habe alleinerziehend und in Trennung von ihrem Mann gelebt, sei bei einem Psychologen in Behandlung gewesen und habe einen Suizidversuch in ihrer Anamnese. Auch von »Depressionen« ist die Rede. Vor ihrem Selbstmord habe sie eine entsprechende SMS an eine ihrer beiden Töchter geschickt, und die gerichtsmedizinische Obduktion, bei der auch eine Überdosis von Antidepressiva festgestellt worden sei, habe den Suizid bestätigt.

Nun ist es kein Problem, einem Menschen vor oder nach einem Mord, der wie ein Selbstmord aussehen soll, Psychopharmaka einzuflößen. Wir kennen das vom Fall Barschel. Zwar kann eine Obduktion die *Möglichkeit* eines Selbstmordes belegen, ein fremdes Eingreifen aber nie definitiv ausschließen. Gerade die Unterscheidung zwischen Mord und Selbstmord ist deshalb nur im Gesamtkontext der polizeilichen und anderen Untersuchungen möglich.

Was die kurze und nichtssagende SMS anlangt, die von Frau Heisigs Handy aus abgesandt wurde, so beweist sie mitnichten eine Urheberschaft der Richterin. Viel wahr-

scheinlicher wäre ein *persönlicher Brief* an *beide* Töchter gewesen, mit denen sie im Übrigen einen gemeinsamen Urlaub für die nächsten Tage geplant hatte und zu denen sie ein sehr gutes Verhältnis gehabt haben soll. Auch Heisigs Besuch bei einer Rechtsanwältin einige Tage vor ihrem Tod, bei dem sie unter anderem ihren Begräbnisort festgelegt haben soll, ist kein Beleg für Suizid. In gleicher Weise kann dies auf Todesahnungen vor einer möglichen Ermordung hinweisen. Schließlich wusste Heisig, dass sie von vielen der von ihr verurteilten jugendlichen Kriminellen und deren Eltern gehasst wurde. Einige von ihnen sagten in Interviews, sie sei »schlimmer als der Teufel«.

Psychologisch ist schwer nachvollziehbar, dass sich Frau Heisig ausgerechnet kurz vor der Veröffentlichung ihres Buches umgebracht haben soll, auf das sie sich laut mehrerer Zeugen sehr gefreut hat und das postum ein großer Erfolg geworden ist,

Noch für den Tag ihres Verschwindens hatte sie eine Teilnahme an der Sendung *Stern TV* zugesagt und kurz zuvor ein Interview für eine Talkshow bei Peter Hahne gegeben. Auch dieser bestätigt, was alle anderen Leute aus ihrer Umgebung erlebt haben: »Sie erschien mir mutig, tatkräftig, zupackend und kein bisschen resignativ«, so Hahne. Es verwundert, dass das ZDF dieses Interview bis heute nicht ausgestrahlt hat. Passt es nicht ins Bild der Selbstmordversion?

Im vierseitigen Bericht der Staatsanwaltschaft, der nur aufgrund der gerichtlichen Klage eines Journalisten veröffentlicht wurde, gibt es massive Ungereimtheiten, die einen Mord wahrscheinlicher machen als einen Selbstmord. Man

sollte dazu die sehr professionelle und kompetente Kritik eines Kriminalbeamten lesen, die auf der Internet-Seite des Kopp-Verlags zu finden ist. Hier wird auch ausgeführt, dass von den Ermittlungsbehörden Spuren nicht nur nicht gesichert, sondern zum Teil regelrecht verwischt worden seien. Schließlich gibt es weitere schwer erklärbare Details, zum Beispiel einen leeren Plastiksack mit Leichengeruch, den ein Passant im Bereich der Leichenfundstelle gefunden haben will; in der Nähe auch einen zweiten Plastiksack mit einem toten Hund. War das Frau Heisigs Hund, mit dem sie angeblich immer spazieren gegangen ist? Es wäre für die Polizei sehr einfach, diesen Internetspekulationen den Boden zu entziehen. Warum geschieht dies nicht?

Der Fall Heisig hat eine spezifische Vorgeschichte: 2010 forderte der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch strengere Maßnahmen gegen kriminelle Zuwanderer, im Fall von schweren Intensivtätern sogar die Abschiebung. Als Antwort darauf leitete die rote Justizsenatorin von der Aue ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein, Er bekommt einen Maulkorb für öffentliche Auftritte und wird (straf)versetzt. Die Frage ist nun: Ist der rot-roten Regierung in Berlin, deren Denken und Tun fließende Übergänge zum Denken und Tun der kommunistischen DDR-Machthaber aufweisen, ein solches Politverbrechen zuzutrauen?

Um den Fall objektiv aufzuklären, wäre es notwendig, die gesamten Ermittlungen inklusive der gerichtlichen Obduktion noch einmal neu aufzurollen. Sie sollten nicht von der Berliner Justiz, sondern von der Justiz eines anderen Bundeslandes, in dem SPD und Die Linke nicht in der Regierung sitzen, durchgeführt werden. Denn die Berliner Justiz mit Frau von der Aue an der Spitze hat sich durch ihr

Verhalten in den Kreis der möglichen Tatverdächtigen hineinmanövriert. Sie müsste selbst größtes Interesse daran haben, diesen fürchterlichen Verdacht gründlichst aus der Welt zu schaffen.

Ein Tatmotiv hätten auch islamistische Gruppierungen, für die eine engagierte und authentische Richterin wie Frau Heisig an der Spitze einer antiislamistischen Partei ein Horrorszenario darstellen würde.

Nicht zuletzt ist Frau Heisig diversen kriminellen Familienclans aus Nahost erheblich in die Quere gekommen. Dass diese Leute das professionelle Know how für eine solche Tat hätten, kann nicht bezweifelt werden.

Es gibt viele offene Fragen. Die Medien stellen sie nicht, vielmehr versuchen sie, jeden Zweifel an der offiziellen Selbstmordversion im Keim zu ersticken (wie zum Beispiel in einer speziell diesem Thema gewidmeten ARD-Sendung vom 9.3.2011). Dieses journalistische Verhalten ist nicht weniger skandalös als das der Berliner Justiz. Es stinkt nach doppelter Moral und Hofberichterstattung. Anstatt vor der eigenen Tür zu kehren, wird dann umso maßloser im Fall Politkowskaja gegen die *russische* Justiz polemisiert.

1.3 Die Fälle *Liu Xiaobo* und *Horst Mahler*

In den Fällen Politkowskaja und Heisig ging es um (möglichen) politischen Mord, bei Frau Heisig auch darum, wie totalitär die offizielle Migrationspolitik in der Bundesrepublik möglicherweise schon betrieben wird. Auch in den

beiden nächsten Fällen, die ich vergleiche, nämlich im Fall des chinesischen Nobelpreisträgers Liu Xiaobo und dem des deutschen Geschichtsrevisionisten und Dissidenten Horst Mahler, haben wir es mit Repression gegenüber politisch Andersdenkenden zu tun, wobei im Fall Mahler das sakrosankteste Thema des Westens im Zentrum steht, nämlich Zionismus und Holocaust.

Der chinesische Schriftsteller Liu Xiaobo ist 1957 geboren. Er war Dozent an der pädagogischen Hochschule in Peking und verbrachte 1988 einige Zeit im Ausland, unter anderem an der Columbia Universität in den USA. 1989 demonstrierte er auf dem Tian'anmen-Platz und wurde danach verhaftet; 1995 erneut sechs Monate Haft wegen bürgerrechtlicher Aktivitäten. Danach musste er sich einer »Umerziehung durch Arbeit« unterziehen.

Seit 1999 dann freier Schriftsteller in Peking, wird er 2003 zum Präsidenten des chinesischen PEN-Clubs gewählt. 2008 unterstützt er eine Bürgerrechtscharta, die von ca. 200 chinesischen Intellektuellen unterzeichnet wird und auf die Einführung freier Wahlen sowie die Durchsetzung einer Gewaltenteilung und föderaler Strukturen abzielt. Als vermeintlicher Hauptverfasser dieser Charta wird er wegen »Untergrabung der Staatsgewalt« festgenommen und 2009 zu elf Jahren Haft verurteilt. Im Zusammenhang mit seiner Verurteilung bekommen etwa 200 chinesische Intellektuelle ein Ausreiseverbot.

2010 wird ihm der Nobelpreis zugesprochen. Offensichtlich hat das Nobelkomitee wieder einmal, wie schon so oft, die Preisvergabe als politisches Instrument zur Durchsetzung westlicher Politik und Wertvorstellungen

missbraucht (siehe zum Beispiel die Zuerkennung des Friedensnobelpreises an Menachem Begin, an Henry Kissinger, an B. Obama usw.).

USA und EU verurteilen in scharfer Form die Internierung Lius. China müsse Liu unverzüglich freilassen und die strafrechtliche Verfolgung einstellen – so der *Rat der Europäischen Union* unter Berufung auf die in der Verfassung der Volksrepublik China garantierten Rechte zur freien Meinungsäußerung sowie den 1998 von China unterzeichneten internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Die chinesische Regierung weist all dies zurück und spricht von »Unverschämtheit und Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas«. Sie fordert alle Staaten, zu denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, dazu auf, nicht an der Übergabezeremonie in Oslo teilzunehmen, was dann auch 18 Staaten ankündigen zu tun; darunter Ägypten, Iran, Irak, Kuba, Marokko, Pakistan, Venezuela und nicht zuletzt Russland! Auch Serbien möchte sich dem Boykott anschließen, wird aber von der EU-Kommission massiv unter Druck gesetzt. »Wir würden natürlich erwarten«, so eine Sprecherin der EU-Kommission, »dass ein Land, das der Europäischen Union beitreten will, die Werte der Europäischen Union voll und ganz teilt.« Daraufhin knickt das serbische Parlament ein und sendet einen Vertreter nach Oslo. Die EU bekämpft totalitäre Politik mit totalitären Mitteln und glaubt, Meinungsfreiheit in China mit Meinungsrepression in Europa durchsetzen zu können.